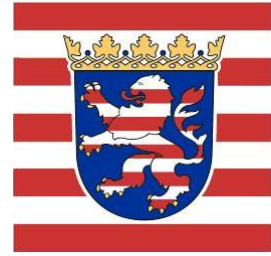




HESSEN



Bericht aus Brüssel

20/2024 vom 01.11.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	10
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	12
Landwirtschaft.....	13
Justiz.....	14
Inneres.....	15
Bildung und Kultur.....	17
Vorschau.....	17

EP; Sacharow-Preis 2024

Der diesjährige Sacharow-Preis geht an María Corina Machado sowie Edmundo González Urrutia. Dies gab EP-Präsidentin Roberta Metsola (MTA/EVP) am 24.10.2024 bekannt. María Corina Machado wurde 2023 im Namen der „Demokratischen Plattform der Einheit“ als Präsidentschaftskandidatin der venezolanischen Opposition nominiert, später jedoch vom Nationalen Wahlrat von der Wahl ausgeschlossen. Edmundo González Urrutia, ein Diplomat und Politiker, folgte ihr als Kandidat der „Demokratischen Plattform der Einheit“ nach und focht den Wahlsieg Nicolás Maduros an, woraufhin ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. María Corina Machado ist untergetaucht, während Edmundo González Urrutia nach Spanien floh, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Metsola würdigte Machado für ihren mutigen Kampf zur Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie in Venezuela. In ihrem Streben nach einem fairen, freien und friedlichen Machtwechsel habe sie furchtlos Werte hochgehalten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20241017IPR24738/sacharow-preis-2024-geht-an-maria-corina-machado-und-edmundo-gonzalez-urrutia>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Wahl und Referendum in Moldau

Die Kommission und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, äußerten sich in einer Erklärung zu der am 20.10.2024 stattgefundenen ersten Runde der Präsidentschaftswahlen und dem Verfassungsreferendum über den EU-Beitritt in der Republik Moldau. Sie begrüßten die Ergebnisse des Verfassungsreferendums, in dem das moldauische Volk seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, seine Zukunft in der EU zu besiegeln. Die EU sei entschlossen, die demokratische Entwicklung, die Reformen und das Wirtschaftswachstum Moldaus weiterhin zu unterstützen sowie die Widerstandsfähigkeit des Landes, insbesondere auf seinem Weg in die EU, zu stärken. Die Kommission und Josep Borrell würdigten zudem, dass trotz der aktiven Versuche Russlands, den demokratischen Prozess und die Wahlen in Moldau zu untergraben, eine erfolgreiche Organisation der Wahl und des Verfassungsreferendums durch die moldauischen Behörden stattgefunden habe.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_5405

Kommission; Reformagenden Westbalkan

Am 23.10.2024 hat die Kommission nach den positiven Stellungnahmen der EU-Mitgliedstaaten die Reformagenden Albaniens, des Kosovos, Montenegros, Nordmazedoniens sowie Serbiens gebilligt. Dieser Schritt ist entscheidend, um Zahlungen im Rahmen der mit 6 Mrd. EUR ausgestatteten Reform- und Wachstumsfazilität der EU zu ermöglichen, die nach Abschluss der vereinbarten Reformschritte geleistet werden sollen. Der Schwerpunkt der Reformagenden liegt auf den prioritären Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Governance, dem digitalen und ökologischen Wandel, Entwicklung des Humankapitals sowie des Unternehmensumfeldes.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/commission-implementing-decision-approving-reform-agendas-and-multiannual-work-programme-under_en?prefLang=de

EP; Rat; Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Das EP billigte am 22.10.2024 die Makrofinanzhilfe für die Ukraine in Höhe von bis zu 35 Mrd. EUR. Dem stimmte einen Tag darauf auch der Rat zu. Das außerordentliche Darlehen ist der Anteil der EU an einem G7-Paket, das im Juni 2024 vereinbart wurde, um vor dem Hintergrund des Angriffskrieges Russlands die Ukraine mit bis zu 50 Mrd. Dollar (45 Mrd. EUR) dabei zu unterstützen, ihren dringendsten Finanzbedarf zu decken. Im Rahmen des neuen Mechanismus soll die Ukraine künftig Einnahmen aus den eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank in der EU erhalten, um die Darlehen zu finanzieren. Die Mittel sollen bis Ende 2025 ausgezahlt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/zozgxuvw/pe00096en24.pdf>

Kommission; Parlamentswahl in Georgien

Die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, äußerten sich am 27.10.2024 zu den Parlamentswahlen in Georgien vom Vortag. Dabei verwiesen sie auf die vorläufigen Ergebnisse der internationalen Wahlbeobachtungsmision unter der Leitung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE und forderten die georgische Wahlkommission sowie andere zuständige Behörden auf, die berichteten Unregelmäßigkeiten und Vorwürfe rasch, transparent und unabhängig aufzuklären. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17.10.2024 forderte die EU Georgien auf, demokratische, umfassende und nachhaltige Reformen im Einklang mit den Grundprinzipien der europäischen Integration durchzuführen.

https://www.eeas.europa.eu/eeas/georgia-joint-statement-high-representative-josep-borrell-and-european-commission-parliamentary_en

Kommission; Verurteilung der Hinrichtung von Jamshid Sharmahd

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, verurteilte am 29.10.2024 die Hinrichtung des deutsch-iranischen Staatsangehörigen Jamshid Sharmahd im Iran auf das Schärfste: Die EU spreche der Familie von Sharmahd ihr Beileid aus und bekunde ihre uneingeschränkte Solidarität mit DEU. Zudem fordere die EU den Iran weiterhin auf, von jeglichen künftigen Hinrichtungen abzusehen, eine konsequente Politik in Richtung Abschaffung der Todesstrafe zu verfolgen sowie die Praxis der Inhaftierung von ausländischen Zivilpersonen und Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit im Hinblick auf politische Gewinne zu beenden. Die Hinrichtung belaste die Beziehungen zwischen der EU und Iran erheblich und die EU werde nun gezielte und einschneidende Maßnahmen in Betracht ziehen. Sharmahd war 2020 in den Iran verschleppt und von einem Revolutionsgericht im Frühjahr 2023 zum Tode verurteilt worden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/29/iran-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-execution-of-jamshid-sharmahd/>

Kommission; Erweiterungspaket 2024

Am 30.10.2024 nahm die Kommission das Erweiterungspaket 2024 an. Darin gibt sie eine detaillierte Einschätzung der Fortschritte der Beitrittskandidaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und der Türkei sowie dem Kosovo als potenziellem Beitrittskandidaten ab - ebenso wie Empfehlungen für weitere Reformen. Nach Auffassung der Kommission habe der Beitrittsprozess 2023 und 2024 neuen Schwung erhalten. Allerdings erwarte sie v.a. von Serbien eine Beschleunigung der Reformen mit einem besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit. Bosnien und Herzegowina habe greifbare Ergebnisse u.a. in Hinblick auf Migration und die Anpassung an die Außenpolitik der EU erzielt, sodass die Kommission den Verhandlungsrahmen für die

Beitrittsgespräche vorbereite. Die ersten Verhandlungskapitel mit der Ukraine und der Republik Moldau sollen so früh wie möglich im kommenden Jahr eröffnet werden. Der Beitrittsprozess Georgiens liegt demgegenüber seit dem Frühjahr 2024 aufgrund des Vorgehens der georgischen Regierung de facto auf Eis.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2024-communication-eu-enlargement-policy_en

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 21.-24.10.2024 in Straßburg

Debatte zum Kurswechsel bei der EU-Bürokratie

Bei einer Aussprache zum Thema „Kehrtwende bei der Bürokratie in der EU“ am 23.10.2024 erklärte Kommissarin Helena Dalli, die Kommission stimme dem Anliegen, Bürokratie zu reduzieren, vollkommen zu. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe dem nächsten Kommissarskollegium „eine klare und herausragende Aufgabe zugewiesen, nämlich die Vereinfachung der Rechtsvorschriften und die Verringerung des Verwaltungsaufwands“. Dies spiegele sich in jedem einzelnen Auftragschreiben für die neuen Kommissare wider. In Zusammenarbeit mit dem für die Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Kommissionsmitglied werde jedes Mitglied des Kollegiums in der nächsten Amtszeit daran arbeiten, den EU-Besitzstand einem Stresstest zu unterziehen und Vorschläge zur Beseitigung von Überschneidungen und Widersprüchen sowie zur vollständigen digitalen Kompatibilität zu unterbreiten. Auf diese Weise werde von jedem Kommissionsmitglied erwartet, dass es dazu beitrage, die Berichtspflichten um mindestens 25% und für KMU um mindestens 35% zu reduzieren. Die Interessengruppen würden bei diesen Bemühungen eine Schlüsselrolle spielen. Die Kommissare der nächsten Amtszeit würden die Aufgabe haben, mindestens zwei Umsetzungsdialoge pro Jahr mit den Interessengruppen zu führen, um zu erörtern, wie die Umsetzung am besten mit den Gegebenheiten vor Ort in Einklang gebracht werden könne. Darüber hinaus werde ein neues Konsultationsinstrument, die so genannten „Reality Checks“, eingeführt, um die Hürden zu ermitteln, mit denen die Beteiligten bei der Umsetzung der EU-Vorschriften konfrontiert sind. Schließlich würden alle neuen Gesetzesinitiativen einem KMU- und Wettbewerbsfähigkeitscheck unterzogen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2024-10-23-ITM-010_DE.html

Migration: Debatte über Rückführungsregeln für Personen ohne Aufenthaltsrecht

In einer Debatte zur Migrationspolitik erklärte Kommissarin Helena Dalli am 23.10.2024 den Hintergrund, warum Kommissionspräsidentin von der Leyen vor dem Europäischen Rat eine neue Rückführungsrichtlinie angekündigt habe: Betrachte man die Gesamtzahlen, so werde bei fast einer halben Mio. Personen, die jedes Jahr aufgefordert würden, die EU zu verlassen, nur etwa eine von fünf Personen, die eine Rückführungsentscheidung erhalten habe, tatsächlich auch zurückgeführt. Deshalb forderte sie: „Wir müssen also mehr tun. Die nationalen Rückführungsverfahren der Mitgliedstaaten weisen immer noch viele Schlupflöcher auf und weichen zu stark voneinander ab. Wir müssen ein gemeinsames europäisches Rückführungssystem einführen. Dazu brauchen wir einen neuen, modernen Rechtsrahmen, der den heutigen Herausforderungen gerecht wird. Vor sechs Jahren hat die Kommission einen Vorschlag zur Neufassung der 16 Jahre alten Rückführungsrichtlinie vorgelegt, aber die Mitgesetzgeber konnten sich nicht darauf einigen“. Deswegen habe

Kommissionspräsidentin von der Leyen vor dem Europäischen Rat angekündigt, dass die Kommission zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen neuen Legislativvorschlag vorlegen werde, um die Rückführung effektiver zu gestalten sowie die Grundrechte und die Würde derjenigen Menschen zu schützen, die sich im Rückführungsverfahren befänden. Dalli: „Wir können es uns nicht leisten, weitere sechs Jahre ohne Fortschritte in dieser wichtigen Frage zu verbringen. Eine wirksame Rückführungspolitik ist für unser umfassendes Migrationskonzept unerlässlich, das hart, aber fair bleiben muss, indem es denjenigen Schutz bietet, die ihn brauchen, irreguläre und unsichere Einreisen verhindert und diejenigen zurückschickt, die ihn nicht brauchen“. Es sei von entscheidender Bedeutung, das Bild mit dem wesentlichen fehlenden Teil zu vervollständigen: einer wirksamen Rückführungspolitik, so die Kommissarin.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2024-10-23-ITM-002_DE.html

Single European Sky: Verbindliche Vorgaben für Flugsicherungsdienste für einen effizienteren und nachhaltigeren Flugverkehr

Am 22.10.2024 stimmte das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU) und MdEP Johan Danielsson (S&D/SWE) einer Reform der Regeln für den Einheitlichen Europäischen Luftraum zu. Die Reform, auf die man sich bereits in den Verhandlungen mit dem Rat im März 2023 geeinigt hatte, stärkt die nationalen Leistungspläne für Flugsicherungsdienste und soll dazu beitragen, das Luftraummanagement in der EU zu verbessern (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

Ukraine: EP genehmigt 35 Mrd. EUR Darlehen

Am 22.10.2024 gaben die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Karin Karlsbro (RENEW/SWE) ihre Zustimmung für ein außerordentliches Darlehen an die Ukraine, das bis zu 35 Mrd. EUR umfasst. Mit einer großen Mehrheit von 518 – 56 – 61 billigte das EP die neue Makrofinanzhilfe (MFA) zur Unterstützung der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands (siehe Beitrag unter „Außen- und Verteidigungspolitik“).

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 24.10.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmen statt: „Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Umgang der Herausforderungen & Chancen der künstlichen Intelligenz im öffentlichen Sektor“, „Vorschlag für eine Verordnung über die Überprüfung ausländischer Investitionen in der EU“ sowie „Die Zukunft des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit der EU“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=210679&meetingSessionId=2264171>

Kommission; Vierter Jahresbericht zu Direktinvestitionen in die EU

Am 17.10.2024 veröffentlichte die Kommission ihren vierten Jahresbericht zu Direktinvestitionen in die EU. Aus ihm geht hervor, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission ihre Zusammenarbeit bei der Prüfung von Investitionen aus Drittländern, welche die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der EU gefährden, weiter verbessert hätten. Die Zahl der Meldungen an den EU-Kooperationsmechanismus seit der Einführung des EU-Rahmens im Jahr 2020 sei um 18% gestiegen. Der Kooperationsmechanismus wurde mit der Verordnung über die Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) eingerichtet. Dies ermöglicht den Mitgliedstaaten und der Kommission, Informationen über ADI schnell und effizient auszutauschen.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2024\)464&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2024)464&lang=en)

EP; Vorstellung des Berichts „Weit mehr als ein Markt“ durch Enrico Letta

Am 21.10.2024 stellte der frühere italienische Ministerpräsident Enrico Letta seinen Bericht zur Stärkung des EU-Binnenmarkts im EP vor. Im Anschluss fand eine Aussprache mit den MdEP statt. Letta wies auf die Schlüsselbereiche hin, in denen der Binnenmarkt nach wie vor fragmentiert sei: Telekommunikation, Energie und Finanzen. Um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der EU voranbringen zu können, müsse diese Fragmentierung angegangen werden. Er betonte, dass die EU sich nicht leisten könne, diese Gelegenheit zur Reform des europäischen Projekts verstreichen zu lassen. Daher hoffe er, dass die MdEP die Ideen sowohl aus seinem als auch aus dem Bericht von Mario Draghi aufgreifen werden. In der anschließenden Aussprache bestätigten MdEP die im Bericht diagnostizierten Probleme des Binnenmarkts und betonten die Notwendigkeit, nun schnell auf die Empfehlungen sowohl Lettas als auch Draghis einzugehen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20241021IPR24765/letta-integrating-the-single-market-is-essential-for-competitiveness-security>

EuGH; Urteil zur Zulässigkeit von Vorabentscheidungsersuchen bei einer öffentlichen Auftragsvergabe mit Bezug zu Drittländern

Der EuGH befand mit Urteil vom 22.10.2024 in der Rechtssache C-652/22 das Vorabentscheidungsersuchen des „Hohen Verwaltungsgerichts“ in KRO vom 10.10.2022 für unzulässig. Nach Rechtsauffassung des EuGH können nur Wirtschaftsteilnehmer mit Sitz in Drittländern, die internationale Übereinkünfte mit der Union über das Beschaffungswesen geschlossen haben, sich auf die Bestimmungen der EU-Vergaberichtlinie berufen. Da im vorliegenden Fall die Türkei nicht Vertragspartei des Übereinkommens der Welthandelsorganisation über das öffentliche Beschaffungswesen oder eines anderen für die EU bindenden internationalen Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen sei, sei die Klägerin, die Gesellschaft türkischen Rechts Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve Ticaret AŞ, nicht berechtigt, an einem unter die Richtlinie 2014/25 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung fallenden Vergabeverfahren teilzunehmen und könne sich folglich nicht auf die o.a. Richtlinie berufen. Da die Vorlagefrage eine ausschließliche Zuständigkeit der EU betrifft, kann auch ein Mitgliedstaat, wie im vorliegenden Fall KRO, die Anwendung der geltenden Vorschriften der EU-Vergaberichtlinie nicht einseitig ausweiten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62022CJ0652>

Kommission; Maßnahmen zum Wiederaufbau nach Klimakatastrophen

Die Kommission hat am 22.10.2024 einen Verordnungsvorschlag „über RESTORE – regionale Soforthilfe für den Wiederaufbau“ sowie einen Verordnungsvorschlag „zur Änderung der Verordnung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten“ vorgelegt. Diese sollen sicherstellen, dass EU-Mittel zur Unterstützung beim Wiederaufbau nach Katastrophen schnell mobilisiert werden können. Von den Änderungen betroffen sind die Verordnungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Sozialfonds Plus für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 sowie der ELER für den Zeitraum 2014-2022. Damit reagiert die Kommission auf die Überschwemmungen in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten sowie die Waldbrände in PTL im September 2024. Die sieben betroffenen Mitgliedstaaten könnten damit rund 18 Mrd. EUR zum Wiederaufbau umwidmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_5321

Europäische Investitionsbank; Unternehmen in der EU haben bisherige Krisen gut überstanden

In der am 23.10.2024 veröffentlichten Investitionsumfrage der Europäischen Investitionsbank (EIB) werden jährlich Daten über Investitionstätigkeiten von rund 13.000 Unternehmen aus der EU erhoben. Der Umfrage zufolge haben die Unternehmen die bisherigen Krisen, wie z.B. die Energiekrise, gut überstanden, wobei die angespannten wirtschaftlichen Bedingungen bereits den Investitionswillen der Unternehmen dämpften. Der Anteil der Unternehmen, die davon ausgehen, dass ihr Investitionsvolumen zukünftig steigen wird, habe sich in 2024 im Vergleich zu 2023 halbiert.

https://www.eib.org/en/publications/20240238-econ-eibis-2024-eu?utm_source=mailjet&utm_medium=Email&utm_campaign=eibis_eu_2024_publication_alert_newsletter&utm_content=na&utm_term=na_na&utm_id=2024-10-23_01_en

Rat; Verordnung zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen

Am 23.10.2024 erzielten die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten eine Einigung über das Mandat des Rates für Verhandlungen mit dem EP über eine neue Verordnung zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen. Ziel der vorgeschlagenen Verordnung sei es, die grenzübergreifende Interaktion zu erleichtern sowie die Entwicklung grenzübergreifender Regionen zu fördern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14607-2024-INIT/en/pdf>

EuRH; Sonderbericht zu staatlichen Beihilfen in Krisenzeiten

Am 23.10.2024 hat der EuRH einen Sonderbericht zu staatlichen Beihilfen in Krisenzeiten veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten wirtschaftlichen Störungen hatte die Kommission ihre Leitlinien für staatliche Beihilfen angepasst. Seitdem wurden staatliche Beihilfen für Unternehmen in deutlich größerem Umfang genehmigt. Der EuRH kommt zu dem Ergebnis, dass die Kommission mit dieser Maßnahme rasch auf die Bedarfe der Mitgliedstaaten reagiert habe, die Kontrolle der Beihilfen und die Kohärenz der Vorschriften jedoch Mängel aufwies. Er empfiehlt daher der Kommission staatliche Beihilfen verstärkt zu kontrollieren sowie die Vorschriften über staatliche Beihilfen zur Unterstützung der industriepolitischen Ziele der EU zu straffen.

<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2024-21>

Eurostat; Einkommensniveaus der Regionen in der EU in 2021

Eurostat hat am 24.10.2024 Zahlen zum Nettoprimäreinkommen der EU im Jahr 2021 veröffentlicht, die sich je Einwohner auf 20.700 Kaufkraftstandards (KKS) gegenüber 19.500 KKS im Jahr 2020 beliefen. Sechs der zehn Regionen mit einem Nettoprimäreinkommen je Einwohner von mindestens 30.000 KKS lagen in DEU, der Rest in anderen westlichen Regionen der EU. Das höchste Nettoprimäreinkommen je Einwohner wurde in Oberbayern mit 38.300 KKS verzeichnet. Darauf folgen drei weitere deutsche Regionen: Hamburg, Stuttgart und Darmstadt (31.800 KKS). Gießen verzeichnet ein Nettoprimäreinkommen von 25.500 KKS und Kassel von 24.700 KKS. Am Ende des Rankings sind 11 Regionen mit einem Nettoprimäreinkommen pro Einwohner unterhalb von 10.000 KKS. Die Regionen mit dem niedrigsten Nettoprimäreinkommen je Einwohner liegen sowohl in BUL als auch in der FRA Region Mayotte.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241024-1>

EuGH; Bestätigung des Urteils zur Aufhebung der Geldbuße gegen Intel

Der EuGH bestätigte in der Rechtsmittelsache C-240/22 P (Kommission gegen Intel) mit Urteil vom 24.10.2024 die vom Gericht der EU (EuG) ausgesprochene Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission aus dem Jahr 2009, mit der ein Missbrauch der beherrschenden Stellung durch Intel festgestellt und eine Geldbuße von 1,06 Mrd. EUR verhängt wurde. Die Kommission warf dem Unternehmen vor, seine beherrschende Stellung auf dem Markt für x86-Prozessoren u. a. dadurch missbraucht zu haben, dass es seinen Kunden und einem Computer-Einzelhändler Rabatte gewährte. Der EuGH wies sämtliche sechs Rechtsmittelgründe der Kommission zurück. Er kam zu dem Schluss, dass die von der Kommission vorgebrachten Argumente nicht dazu geeignet seien, die Entscheidung des EuG infrage zu stellen. In Bezug auf den „As-Efficient-Competitor“-Test (Kriterium des ebenso leistungsfähigen Wettbewerbers) bestätigte der EuGH, dass es dem EuG obliegt, jedes Vorbringen zu prüfen, das die Beurteilungen der Kommission in Frage stellen soll und die Schlussfolgerungen, zu denen die Kommission bei ihrer Prüfung gelangt ist, entkräften kann.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-240/22>

Eurostat; 99% der Unternehmen in der EU sind Kleinst- und Kleinunternehmen

Am 25.10.2024 veröffentlichte Eurostat Zahlen aus 2022, wonach in der EU 32,3 Mio. Unternehmen mit 160 Mio. Beschäftigten existierten. Davon waren 99% Kleinst- und Kleinunternehmen mit insgesamt 77,5 Mio. Beschäftigten (48% der Gesamtzahl). Mittlere Unternehmen (zwischen 50 und 249 Beschäftigte pro Unternehmen) machten 0,8% aller Unternehmen in der EU aus und seien 2022 verantwortlich für 15% der Beschäftigten. Wenngleich große Unternehmen (mehr als 249 Beschäftigten pro Unternehmen) nur mit 0,2% aller Unternehmen 2022 in der EU repräsentiert waren, beschäftigten sie mehr als ein Drittel (37%) der Arbeitskräfte.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20241025-1>

Kommission; Ausgleichszölle auf batteriebetriebene Elektrofahrzeuge aus China

Am 29.10.2024 hat die Kommission ihr Antisubventionsverfahren betreffend Einfuhren neuer batteriebetriebener Elektrofahrzeuge (BEV) für die Personenbeförderung mit Ursprung in der Volksrepublik China (C/2023/6731) abgeschlossen und endgültige Ausgleichszölle auf den Import von BEV aus China beschlossen. Die Verordnung wurde am 29.10.2024 im Amtsblatt veröffentlicht und gilt damit ab dem 30.10.2024 für eine Periode von fünf Jahren. Mit Inkrafttreten werden nun für ausführende Hersteller aus China Ausgleichszölle zwischen 7,8% und 35,3% erhoben. Parallel dazu arbeiten

die EU und China weiterhin an einer alternativen Lösung, um die in der genannten Untersuchung festgestellten Mängel entsprechend den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) überwachbar und durchsetzbar zu beheben. Die Kommission sei auch weiterhin bereit, mit einzelnen Ausführern über Preisverpflichtungen zu verhandeln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5589

V e r k e h r

Kommission; Neue Ausgabe von „Copernicus4regions“

Die Kommission, die Europäische Weltraumorganisation und das Netzwerk der europäischen Regionen, die Raumfahrttechnologien nutzen (NEREUS), haben einen Aufruf zur Einreichung von Artikeln für die gemeinsame Veröffentlichung „The Ever-Growing Use of Copernicus Across Europe’s Regions“ gestartet. Behörden, Unternehmen und Dienstleister erhalten die Möglichkeit, bis zum 31.01.2025 kurze Texte einzureichen, die Anwendungsfälle von Copernicus-Daten oder -Diensten darstellen. Die gegenwärtige Sammlung von Beiträgen für „The Ever-Growing Use of Copernicus Across Europe’s Regions“ umfasst 99 Anwendungsberichte und Erfahrungsberichte von Behörden und Dienstleistern aus ganz Europa.

<https://www.nereus-regions.eu/2024/10/22/copernicus4regions-new-edition-new-call-for-articles-is-open-deadline-31st-of-january-2025/>

Rat; EP; Annahme der Neufassung der Verordnung für einen Einheitlichen Europäischen Luftraum

Am 05.03.2024 erzielten das EP und der Rat eine vorläufige Einigung über den geänderten Verordnungsvorschlag zur Verwirklichung des Einheitlichen Europäischen Luftraums (SES 2+). Diese Einigung wurde vom Rat am 26.09.2024 und vom EP am 22.10.2024 förmlich bestätigt. Der Gesetzgebungsakt tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Einige der darin enthaltenen Bestimmungen gelten aber erst zwei Jahre später. Ziel der Reform sei es, dem Kapazitätsbedarf gerecht zu werden, zur Verringerung der Klima- und Umweltauswirkungen beizutragen und gleichzeitig kosteneffizienter zu sein.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8311-2024-REV-1/de/pdf>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0022_EN.html#title2

D i g i t a l

Kommission; Auskunftersuchen an die Anbieter von Pornhub, Stripchat und XVideos im Hinblick auf ihre Transparenzberichtspflichten

Die Kommission forderte am 18.11.2024 die Anbieter der Plattformen Pornhub, Stripchat und XVideos in einem zweiten Auskunftersuchen (request for information – RFI) auf, Informationen über die Erfüllung ihrer Transparenzberichtspflichten vorzulegen. Das erste Auskunftersuchen zielte insbesondere auf Informationen über den Schutz von Minderjährigen ab. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act/DSA). Es bestehe der Verdacht, dass die Transparenzberichtspflichten nicht vollumfänglich umgesetzt sein könnten. Dabei geht es der Kommission im Kern um Auskünfte, die zeigen sollen, ob die Inhalte-Moderation klar und einfach verständlich ist. Dazu werden u.a. Auskünfte zu gerichtlichen

Anordnungen, Bekanntmachungen oder Informationen zum internen Beschwerdemanagementsystem abgefragt. Sollten die Anbieter unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben übermitteln, ist die Kommission laut Artikel 74 Absatz 2 des DSA berechtigt, Geldbußen zu verhängen.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-requests-information-under-digital-services-act-pornhub-stripchat-and-xvideos-their?pk_campaign=Shaping%20Europe%E2%80%99s%20Digital%20Future&pk_medium=email&pk_source=ec_newsroom

Kommission; formelles Verfahren gegen Temu wegen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Dienste

Die Kommission hat am 31.10.2024 ein förmliches Verfahren gegen den in China gegründeten Onlinehändler Temu eingeleitet. Die Prüfung hat zum Inhalt, ob Temu gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA) verstoßen hat. Dabei geht es insbesondere um Bereiche, die mit dem Verkauf illegaler Produkte, der potenziell suchterzeugenden Gestaltung des Dienstes, den Systemen zur Empfehlung von Käufen für Nutzer sowie dem Datenzugang für Forscher zusammenhängen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5622

F o r s c h u n g

Kommission; Mitteilung zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums

Am 22.10.2024 hat die Kommission eine Mitteilung zur europäischen Forschungspolitik vorgelegt. Ziel der Kommission ist es, den europäischen Forschungsraum (EFR) in den kommenden Jahren weiter zu stärken. Die Kommission fasst in der Mitteilung die Ausgangslage zusammen: Die EU habe zwar Fortschritte beim Aufbau eines stärker integrierten Binnenmarkts für Forschung erzielt, doch seien weitere Arbeiten erforderlich, um dessen Potenzial voll auszuschöpfen und jeglicher Fragmentierung der Forschungslandschaft entgegenzuwirken. Die Kommission fordert in der Mitteilung Vorrang für Investitionen und Reformen ein. Europa sei weit davon entfernt, das Ziel zu erreichen, 3% des BIP der EU in Forschung und Entwicklung (FuE) zu investieren. Das Hauptproblem seien nach wie vor geringe private Investitionen, die aktuell durch regulatorische, rechtliche und administrative Hindernisse behindert würden. Ein weiteres Handlungsfeld betreffe den Bereich Transfer: Bei der Umsetzung der FuE-Ergebnisse in wirtschaftliche Auswirkungen habe die EU noch Potenzial. Insgesamt solle der europäische Forschungsraum durch konkrete Maßnahmen vertieft werden. Aktuell arbeitet die Kommission an der Vorbereitung der zweiten politischen Agenda für den EFR (2025–2027). Die vorgelegte Mitteilung soll in diese Arbeiten einfließen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5361

Kommission; Europäischer Innovationsrat investiert 1,4 Mrd. EUR in die technologieintensive Forschung und in den Ausbau strategischer Technologien

Die Kommission hat am 29.10.2024 das Arbeitsprogramm 2025 des Europäischen Innovationsrates (EIC) mit einer Aufstockung um fast 200 Mio. EUR gegenüber 2024 angenommen. Der EIC wird damit im nächsten Jahr die europäische technologieintensive Forschung und Start-up-Unternehmen mit hohem Potenzial mit insgesamt 1,4 Mrd. EUR unterstützen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-innovationsrat-14-mrd-euro-fur-deep-tech-forschung-und-start-ups-2024-10-29_de

Finanzdienstleistungen

ESMA; Konsultation zum MiFID-Forschungsregime

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) veröffentlichte am 28.10.2024 eine Konsultation zum Forschungsregime im Rahmen der „Markets in Financial Instruments Directive“ (MiFID), die durch den Listing Act geändert wurde. Ziel der Konsultation sei es v.a., sicherzustellen, dass die jährliche Bewertung der Forschungsqualität auf soliden Kriterien beruhe und die Vergütungsmethodik für gemeinsame Zahlungen für Ausführungsdienstleistungen und Forschung die Firmen nicht daran hindere, die Anforderungen an die bestmögliche Ausführung zu erfüllen. Eine Teilnahme ist noch bis zum 28.01.2025 möglich.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-amendments-mifid-research-regime>

EIOPA; Konsultation zu Kriterien für die Auswahl von Versicherern

Am 17.10.2024 veröffentlichte die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) eine Konsultation zu den Kriterien, auf deren Grundlage die nationalen Aufsichtsbehörden (Rück-)Versicherer und Versicherungsgruppen auffordern können, in ihren eigenen Risiko- und Solvenzbeurteilungen (ORSA) und bei der Anwendung des Vorsichtsprinzips (PPP) eine makroprudenzielle Analyse durchzuführen. Stakeholder sind aufgerufen, sich bis zum 09.01.2025 zu beteiligen.

https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-opens-consultation-criteria-selecting-insurers-run-macroprudential-analyses-2024-10-17_en

Finanzen

EuRH; Doppelfinanzierung aus dem EU-Haushalt

In einem am 21.10.2024 veröffentlichten Bericht warnte der Europäische Rechnungshof (EuRH) vor dem bislang verkannten Risiko der Doppelfinanzierung aus dem EU-Haushalt. Dieses läge darin begründet, dass aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ähnliche Projekte finanziert würden wie aus den regulären EU-Programmen. Hintergrund ist, dass die ARF erstmals auf ein neues Finanzierungsmodell zurückgreife, das Auszahlungen an die Erreichung bestimmter Ziele, jedoch nicht an tatsächliche Kosten knüpfe. Laut den Prüfern reiche der bestehende rechtliche Rahmen nicht aus, um in diesem neuen System Doppelfinanzierungen und damit die Verschwendung von Steuergeldern zu verhindern. Die Kommission selbst erhalte lediglich dünne Nachweise für die Vermeidung von Doppelfinanzierung und habe nicht einmal Zugriff auf eine vollständige Liste der Endempfänger der ARF-Mittel in den Mitgliedstaaten. Bisher habe die Kommission nur zwei mögliche Fälle von Doppelfinanzierung identifiziert.

<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2024-22>

EuRH; Fehler bei Vergabeverfahren von EU-Agenturen

In ihrem Jahresbericht über die Agenturen der EU für das Haushaltsjahr 2023 vom 24.10.2024 bewertete der EuRH die Haushaltsführung der EU-Agenturen, welche fast vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden, überwiegend positiv. Von den 43 Agenturen hätten 39 ein positives („uneingeschränktes“) Prüfungsurteil erhalten. Vier Agenturen – darunter das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) sowie die Agentur für Cybersicherheit (ENISA) – erhielten dagegen lediglich ein eingeschränktes Prüfungsurteil. In Hinblick auf das EIT bestünden Mängel, v.a. bei der

geschätzten Fehlerquote bei den Finanzhilfen, bei den anderen drei Agenturen bemängelte der EuRH Fehler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie der Auftragsausführung. Der EuRH sieht entsprechend Verbesserungspotenzial in den Vergabeverfahren, da oft Verfahrensmängel und Verzögerungen auftreten würden, die neben der schlechten Einhaltung gesetzlicher Zahlungsfristen einiger Agenturen deren Ruf schaden könnten.

<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SAR-AGENCIES-2023>

EP; Haushalt 2025

Das EP-Plenum legte am 23.10.2024 seine Position für die Verhandlungen mit dem Rat zum Haushalt 2025 fest. Darin forderte das EP, die Gesamthöhe der Verpflichtungsermächtigungen für den Haushaltsentwurf 2025 auf fast 201 Mrd. EUR festzulegen. Die Kommission hatte einen Etat von 199,7 Mrd. EUR vorgeschlagen, der Rat in seiner Position vom Juni lediglich 191,53 Mrd. EUR. Das EP sprach sich u.a. für eine Aufstockung von ERASMUS+, EU4Health, Horizon Europe sowie der Mittel für Migration und Südliche Nachbarschaft aus. Der Plan 2025 wird der fünfte im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) sein. Eine Entschließung zu den politischen Leitlinien für den Haushalt 2025 wurde jedoch nicht angenommen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20241017IPR24737/eu-budget-for-2025-to-focus-on-research-health-education-and-climate-action>

EuGH; Missbräuchliche Klauseln in Immobilienkreditverträgen

Der EuGH urteilte am 24.10.2024 in der Rechtssache C-347/23 Zabitoń, dass Art. 2 Buchstabe b der Richtlinie des Rates vom 05.04.1993 so auszulegen ist, dass eine natürliche Person, die einen Hypothekendarlehensvertrag zur Finanzierung einer einzelnen Immobilie abschließt, als „Verbraucher“ anzusehen ist, wenn ihr Handeln nicht ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Der bloße Umstand, dass die betreffende natürliche Person mit der Immobilie Mieteinnahmen zu erzielen sucht, könne nicht für sich genommen dazu führen, dass sie nicht unter den Begriff „Verbraucher“ fällt. Im strittigen Fall hatte ein Ehepaar aus London zur Finanzierung eines Wohnungskaufs in Warschau einen Hypothekenkredit aufgenommen, um durch die Mieteinnahmen zusätzliches Einkommen zu generieren. Nach vollständiger Rückzahlung des Kredits erhoben sie vor einem polnischen Gericht Klage auf Rückzahlung des Gegenwerts sämtlicher Kreditraten, da der Kreditvertrag missbräuchliche Klauseln enthalte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=E75CDFD45C60C4709FCBB8B6C72213B6?text=&docid=291564&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1184193>

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; EP; Änderung der Entwaldungsverordnung

Am 16.10.2024 hat der Rat seinen Standpunkt zur gezielten Änderung der EU-Entwaldungsverordnung festgelegt und wie die Kommission dafür plädiert, den Geltungsbeginn um zwölf Monate zu verschieben. Damit will der Rat Drittländern, Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern sowie Händlern mehr Zeit geben, sich darauf vorzubereiten, bestimmte Sorgfaltspflichten zu erfüllen, u.a. sicherzustellen, dass bestimmte Rohstoffe und Erzeugnisse, die in der EU verkauft oder aus der EU exportiert werden, „entwaldungsfrei“ sind. Dies betrifft Erzeugnisse aus Rinde, Holz, Kakao, Soja, Palmöl, Kaffee und Gummi sowie einige ihrer Folgeprodukte. Die Entwaldungsverordnung ist bereits seit dem 29.06.2023 in Kraft; ihre Bestimmungen

sollten ursprünglich ab dem 30.12.2024 gelten. Nun ist vorgesehen, dass die Verpflichtungen wie folgt gelten: ab dem 30.12.2025 für große Marktteilnehmer und Händler und ab dem 30.06.2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen. Das EP hat am 23.10.2024 im Plenum diesen Ansatz von Rat und Kommission verabschiedet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/16/eu-deforestation-law-council-agrees-to-extend-application-timeline/>

Rat; künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Am 21./22.10.2024 hat ein turnusmäßiger Agrarrat unter HUN Vorsitz stattgefunden. Auf der Ratstagung wurden Leitlinien in Form von Schlussfolgerungen des Vorsitzes verabschiedet, die den Weg für eine auf Landwirte ausgerichtete, wettbewerbsfähige, krisenfeste, nachhaltige und wissensbasierte GAP nach 2027 ebnen sollen. Die Ratsdelegationen wiesen auf die Bedeutung der GAP hin und betonten die Notwendigkeit, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig einen angemessenen Lebensstandard für die Landwirte und akzeptable Preise für die Verbraucher zu sichern. Die Minister betonten, dass die GAP durch Direktzahlungen an Landwirte und andere Formen der Unterstützung zu einem stabilen Einkommen der Landwirte beitragen und sie ermutigen soll, einen Beitrag zum ökologischen Wandel zu leisten. Der Rat kam ferner überein, dass die Entwicklung des ländlichen Raums weiterhin eine wichtige Rolle beim Aufbau der GAP spielen sollte. Abschließend legte der Rat Leitlinien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft vor. Die Ratsdelegationen begrüßten, dass der Agrar- und Lebensmittelhandel der EU mit einem Handelsüberschuss von 33,7 Mrd. EUR im ersten Halbjahr 2024 – einem Anstieg um 1,5 Mrd. EUR gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2023 – weiterhin auf einem positiven Weg sei. Sie forderten jedoch, dass mehr getan werden müsse, um die betroffenen Landwirte in sensiblen Sektoren zu entschädigen und zu unterstützen, damit sie dem Wettbewerb durch Nicht-EU-Erzeuger standhalten können, v.a. mit Blick auf neue Außenhandelsabkommen.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/another-significant-achievement-of-the-hungarian-presidency-is-an-important-step-towards-the-farmer-focused-future-common-agricultural-policy/?etrans=de>

Justiz

EuG; Urteil zum Schutz der Unionsmarke Neuschwanstein

Das Gericht der EU hat mit Urteil vom 16.10.2024 in der Rechtssache T-506/23 Freistaat Bayern / EUIPO – Bundesverband Souvenir Geschenke Ehrenpreise (Neuschwanstein) die Klage Bayerns gegen eine Entscheidung des Amtes der EU für Geistiges Eigentum (EUIPO) abgewiesen und damit eine Entscheidung des EUIPO bestätigt. Am 28.02.2019 trug das EUIPO zugunsten des DEU Bundesverbands Souvenir Geschenke Ehrenpreise die Unionsmarke Neuschwanstein ein, u.a. für Schmuck, Souvenirartikel, Haushaltswaren und Kleidungsartikel. Der Freistaat Bayern stellte daraufhin beim EUIPO einen Antrag auf Nichtigerklärung dieser Unionsmarke. Er berief sich dafür auf die Wortzeichen „Neuschwanstein“ und „Schloss Neuschwanstein“ als DEU geschäftliche Bezeichnungen insbesondere für die Geschäftstätigkeiten Museum und Betrieb eines Museums. Er betreibe das Museum seit 1886. Mit Entscheidung vom 22.05.2023 wies das EUIPO den Antrag Bayerns auf Nichtigerklärung der Marke ab. Er habe die Benutzung der älteren Zeichen u.a. für die Geschäftstätigkeiten Museum und Betrieb eines Museums im geschäftlichen Verkehr von mehr als lediglich örtlicher Bedeutung nicht nachgewiesen. Zudem habe er hinsichtlich dieser Tätigkeiten nicht nachgewiesen, dass er Rechte an

diesen Zeichen nach deutschem Recht erworben habe. Der Freistaat Bayern hat diese Entscheidung des EUIPO vor dem Gericht der EU angefochten. Mit seinem Urteil weist das Gericht diese Klage ab. Der Freistaat Bayern habe nicht den Nachweis erbracht, dass das EUIPO zu Unrecht angenommen habe, dass die älteren Zeichen nach deutschem Recht keine originäre Unterscheidungskraft besitzen. Zudem habe das EUIPO zu Recht festgestellt, dass der Freistaat die Verkehrsgeltung der älteren Zeichen für die Geschäftstätigkeiten Museum und Betrieb eines Museums nicht nachgewiesen und damit auch keinen Nachweis dafür erbracht habe, dass er ein Recht an den älteren Zeichen nach deutschem Recht erworben habe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=291210&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1198644>

EuGH; Urteil: Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Schutz von Kunstwerken unabhängig von ihrem Ursprungsland

Der EuGH hat mit Urteil vom 24.10.2024 in der Rechtssache C-227/23 (Kwantum Nederland und Kwantum België) entschieden, dass die Mitgliedstaaten (MS) verpflichtet sind, Kunstwerke im Gebiet der EU zu schützen. Dies gilt unabhängig vom Ursprungsland dieser Werke oder der Staatsangehörigkeit ihres Urhebers und setzt voraus, dass ein „Werk“ im Sinne der Richtlinie 2001/29/EG vorliegt. Im Anwendungsbereich der Richtlinie sind die MS nicht mehr für die Umsetzung der sog. Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst von 1886 (in der aktuellen Fassung von 1979) zuständig, betont der EuGH mit Blick auf das Ziel der Richtlinie, das Urheberrecht im Binnenmarkt zu harmonisieren. Es ist den MS daher verwehrt, das in der Übereinkunft vorgesehene Kriterium der materiellen Gegenseitigkeit im nationalen Recht auf ein Werk der angewandten Kunst anzuwenden, dessen Ursprungsland ein Drittstaat und dessen Urheber ein Drittstaatsangehöriger ist. Einschränkungen der Rechte aus der Richtlinie sind vielmehr allein Sache des Unionsgesetzgebers. Im Ausgangsrechtsstreit ging Vitra, eine schweizerische Gesellschaft, die Designermöbel herstellt, vor NDL Gerichten gegen die Vermarktung eines Stuhlmodells durch die Gesellschaft Kwantum in NDL und BEL vor. Vitra berief sich auf ihre Rechte des geistigen Eigentums an einem Stuhl, der von einem inzwischen verstorbenen Ehepaar aus den USA, entworfen worden war. Die Gesellschaft Kwantum, die in NDL und BEL eine Kette von Geschäften für Innenmobiliar betreibt, vermarktete einen Stuhl mit einer anderen Bezeichnung und missachtete dabei vorgeblich Urheberrechte von Vitra. Der NDL Oberste Gerichtshof hat dem EuGH Fragen zur Reichweite des Schutzes vorgelegt.

<https://curia.europa.eu/juris>

I n n e r e s

Kommission; EU-Bürgerbeauftragte kritisiert Kommission für Intransparenz beim Abkommen mit Tunesien

Die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly hat am 23.10.2024 die Kommission dafür kritisiert, dass sie vor der Unterzeichnung eines Abkommens mit Tunesien, in dem EU-Mittel für das Grenzmanagement vorgesehen werden, nicht transparent darüber berichtet hätte, auf welche Menschenrechts-Informationen sie sich stützt. Sie forderte die Kommission außerdem auf, explizite Kriterien für die Aussetzung von EU-Mitteln festzulegen. Ferner kritisiert sie, dass die Kommission keine Informationen über das Risikomanagement veröffentlicht habe.

<https://www.ombudsman.europa.eu/en/news-document/en/194322>

Kommission; Digitalisierung von Reisedokumenten

Am 24.10.2024 eröffnete die Kommission den Bürgerinnen und Bürgern der EU die Möglichkeit, sich zur Initiative der Digitalisierung von Reisedokumenten zu äußern. Die Frist dafür endet am 26.12.2024. Diese Initiative wurde in der Schengen-Strategie von 2021 vorgestellt und am 08.10.2024 angenommen. Sie soll einen gemeinsamen Rahmen ermöglichen, welcher darauf abzielt, Reisen und Grenzkontrollen für EU-Bürger zu erleichtern.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13514-Travel-digitalising-travel-documents-to-make-travelling-easier_en

Rat; EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres

Die Innen- und Justizminister von HUN, die den Vorsitz des Rates der EU innehaben, trafen sich am 28./29.10.2024 in Budva/Montenegro mit ihren Amtskollegen aus den westlichen Balkanstaaten zum jährlichen EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres. Im Bereich der Innenpolitik wurde v.a. die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität erörtert. Die Parteien vereinbarten, die Zusammenarbeit zur Bekämpfung regionaler und transnationaler krimineller Netzwerke, die in illegalen Handel verwickelt sind – einschließlich Schleusung von Migranten und Menschenhandel, Drogen- und Waffenhandel – weiter zu verstärken. Die gemeinsamen Anstrengungen sollen fortgesetzt werden, insbesondere durch Europol und im Rahmen der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT). Die EU und der Westbalkan bekräftigten ihr gemeinsames Engagement für die Bekämpfung der irregulären Migration, um den Grenzschutz zu verstärken und der Schleusung von Migranten im Einklang mit der Globalen Allianz zur Bekämpfung der Migrantenschleusung entgegenzutreten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die laufenden Bemühungen um die Einrichtung nachhaltiger Asyl- und Aufnahmesysteme und die Gewährleistung einer effektiven Rückführung von Migranten ohne Aufenthaltsrecht in ihre Herkunftsländer. Darüber hinaus wurden die Partner im Westbalkan über das Einreise-/Ausreisesystem (EES) und das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) sowie über die Fortschritte bei der Annahme eines neuen gemeinsamen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung für den Westbalkan im Jahr 2025 informiert.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/29/joint-press-statement-eu-western-balkans-ministerial-forum-on-justice-and-home-affairs-budva-montenegro-28-29-october-2024/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter%20from%20TST&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Veröffentlichung des Niinistö-Berichts über die Stärkung der zivilen und militärischen Einsatzbereitschaft der EU

Am 31.10.2024 veröffentlichte die Kommission den sogenannten Niinistö-Bericht des ehemaligen FIN Präsidenten Sauli Niinistö über die Stärkung der zivilen und militärischen Einsatzbereitschaft der EU. In dem Bericht wird eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Sicherheitsarchitektur empfohlen. Notwendig sei eine umfassende Anpassung von Gesetzgebung, Arbeitsmethoden und Instrumenten der EU, um größer werdenden Herausforderungen gerecht werden zu können. Zu diesen zählten etwa Naturkatastrophen, Cyberattacken, militärische Angriffe oder großflächige medizinische Notlagen. Der Bericht fordert insbesondere einen integrierten und vorsorgenden Ansatz, um komplexer werdenden Bedrohungslagen zu begegnen. Konkret wird etwa empfohlen, 20% des EU-Haushalts für die Vorsorge vorzusehen, den Informationsaustausch zwischen den europäischen Geheimdiensten zu verstärken sowie den Strafverfolgungsbehörden Zugang zu verschlüsselten Daten zu gewähren. Außerdem sollten u.a. neue Maßnahmen zur Abschreckung von

hybrider Kriegsführung wie z.B. Cyberangriffen ergriffen werden. Der Bericht gilt als richtungsweisend für die Sicherheitspolitik der EU in den kommenden Jahren.

https://commission.europa.eu/document/download/5bb2881f-9e29-42f2-8b77-8739b19d047c_en?filename=2024_Niinisto-report_Book_VF.pdf

Bildung und Kultur

Kommission; Ausschreibung Programm Kreatives Europa für Literaturübersetzungen

Am 18.10.2024 hat die Kommission im Rahmen des EU-Kulturförderprogramms Kreatives Europa eine Ausschreibung für Projekte zur Förderung der Übersetzung, Veröffentlichung, des Vertriebs sowie der Förderung europäischer belletristischer Werke veröffentlicht. Mit einem Budget von 5 Mio. EUR soll die Ausschreibung rund 40 Projekte finanzieren. Antragstellende können ihre Bewerbungen bis zum 11.02.2025 einreichen. Jedes Projekt müsse über eine überzeugende Redaktions-, Vertriebs- und Werbestrategie verfügen. Ziel dieser Initiative sei die Stärkung der Vielfalt europäischer literarischer Werke.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/CREA-CULT-2025-LIT>

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

07.11.2024	Europäische Politische Gemeinschaft
08.11.2024	Informeller Europäischer Rat

Rat

04.11.2024	Eurogruppe
05.11.2024	Rat Wirtschaft und Finanzen
15.11.2024	Rat Wirtschaft und Finanzen (Haushalt)

Europäische Kommission

13.11.2024	e-Meldung zur Entsendung von Arbeitnehmern
------------	--

Europäisches Parlament

Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder vom 04.11. bis 12.11.2024:

CULT (EMPL, LIBE, JURI) am 04.11.:

- Anhörung von Glenn MICALEFF, designiertes Kommissionsmitglied für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport

AGRI (ENVI, PECH) am 04.11.:

- Anhörung von Christophe HANSEN, designiertes Kommissionsmitglied für Landwirtschaft und Ernährung

INTA / AFCO (AFET, IMCO, PETI, DEVE, JURI) am 04.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Maroš ŠEFČOVIČ, designiertes Kommissionsmitglied für Handel und wirtschaftliche Sicherheit, Interinstitutionelle Beziehungen und Transparenz

TRAN (ENVI) am 04.11.:

- Anhörung von Apostolos TZITZIKOSTAS, designiertes Kommissionsmitglied für nachhaltigen Verkehr und Tourismus

LIBE / IMCO / JURI am 05.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Michael McGRATH, designiertes Kommissionsmitglied für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit

ITRE (CULT) am 05.11.:

- Anhörung von Ekaterina SPASOVA GECHEVA-ZAHARIEVA, designiertes Kommissionsmitglied für Start-Ups, Forschung und Innovation

ITRE/EMPL (ENVI, REGI, IMCO, ECON) am 05.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Dan JØRGENSEN, designiertes Kommissionsmitglied für Energie und Wohnen

AFET (EMPL, LIBE, DROI) am 05.11.:

- Anhörung von Dubravka ŠUIČA, designiertes Kommissionsmitglied für den Mittelmeerraum

LIBE (DEVE) am 05.11.:

- Anhörung von Magnus BRUNNER, designiertes Kommissionsmitglied für Inneres und Migration

ENVI (IMCO, ITRE, AGRI) am 05.11.:

- Anhörung von Jessika ROSWALL, designiertes Kommissionsmitglied für Umwelt, Wassersicherheit und eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft

DEVE/FEMM/LIBE/ENVI (EMPL, SANT) am 06.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Hadja LAHBIB, designiertes Kommissionsmitglied für Krisenvorsorge und -management sowie für Gleichstellung

ECON (IMCO, LIBE) am 06.11.:

- Anhörung von Maria Luís ALBUQUERQUE, designiertes Kommissionsmitglied für Finanzdienstleistungen, Spar- und Investitionsunion

PECH (ENVI) am 06.11.:

- Anhörung von Constantinos KADIS, designiertes Kommissionsmitglied für Fischerei und Ozeane

DEVE (AFET, FEMM, INTA, LIBE) am 06.11.:

- Anhörung von Jozef SÍKELA, designiertes Kommissionsmitglied für internationale Partnerschaften

ITRE/AFET (TRAN, SEDE) am 06.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Andrius KUBILIUS, designiertes Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Verteidigung und Weltraum

ENVI/AGRI (ITRE, SANT) am 06.11. :

- Gemeinsame Anhörung von Olivér VARHELYI, designiertes Kommissionsmitglied für Gesundheit und Tierschutz

ENVI/ITRE/ECON (EMPL, TRAN, FISC) am 07.11. :

- Gemeinsame Anhörung von Wopke HOEKSTRA, designiertes Kommissionsmitglied für Klima, Netto-Null Emissionen und sauberes Wachstum

AFET (LIBE, AFCO, DROI) am 07.11.:

- Anhörung von Marta KOS, designiertes Kommissionsmitglied für Erweiterung

BUDG/CONT (LIBE, JURI) am 07.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Piotr SERAFIN, designiertes Kommissionsmitglied für Haushalt, Betrugsbekämpfung und öffentliche Verwaltung

ECON/JURI (BUDG, AFCO, EMPL, IMCO, FISC) am 07.11.:

- Gemeinsame Anhörung von Valdis DOMBROVSKIS, designiertes Kommissionsmitglied für Wirtschaft und Produktivität, außerdem verantwortlich für Implementierung und Vereinfachung

REGI (TRAN, BUDG, AGRI, PECH, EMPL, ECON) am 12.11.:

- Anhörung von Raffaele FITTO, designiertes Kommissionsmitglied für Kohäsion und Reformen

AFET (DEVE, INTA, FEMM, SEDE, DROI) am 12.11.:

- Anhörung von Kaja KALLAS, designiertes Kommissionsmitglied für Außen- und Sicherheitspolitik

EMPL/CULT (FEMM, LIBE) am 12.11.:

- Anhörung von Roxana MÎNZATU, designiertes Kommissionsmitglied für Menschen, Fertigkeiten und Vorsorge

ITRE, IMCO, ENVI, ECON (INTA, EMPL, BUDG, JURI) am 12.11.:

- Anhörung von Stéphane SÉJOURNÉ, designiertes Kommissionsmitglied für Wohlstand und Industriestrategie

ENVI/ECON/ITRE (IMCO, EMPL, TRAN, REGI, AGRI) am 12.11.:

- Anhörung von Teresa RIBERA RODRÍGUEZ, designiertes Kommissionsmitglied für sauberen, gerechten und wettbewerbsfähigen Übergang

ITRE/IMCO (LIBE, JURI, AFET/SEDE, CULT) am 12.11.:

- Anhörung von Henna Maria VIRKKUNEN, designiertes Kommissionsmitglied für technische Souveränität, Sicherheit und Demokratie

Plenarsitzung in Brüssel vom 13.-14.11.2024:

Tagungen des Europäischen Rates vom Oktober und November 2024 – Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission;

Die Beziehungen zwischen der EU und den USA vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten – Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission;

Klimakonferenz 2024 der Vereinten Nationen (COP 29) in Baku (Aserbaidschan) – Anfrage zur mündlichen Beantwortung;

Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung: Aufnahme Russlands in die Liste der Drittländer mit hohem Risiko – Erklärung der Kommission;

Ansprache von Sauli Niinistö – Vorstellung des Berichts darüber, wie die zivile Vorsorge und die Verteidigungsbereitschaft Europas verbessert werden kann
Verbesserung der zivilen Vorsorge und der Verteidigungsbereitschaft Europas – Erklärungen des Parlaments;

Entwaldungsverordnung: Bestimmungen zum Geltungsbeginn;

Elektronische Bescheinigung über die Befreiung von der Mehrwertsteuer;

Schnellere und sicherere Verfahren für die Entlastung von überschüssigen Quellensteuern;

Änderung der Satzung der EIB;

Maßnahmen der EU gegen russische Schattenflotten und Sicherstellung einer vollständigen Durchsetzung der gegen Russland verhängten Sanktionen – Entschließungsanträge

Europäischer Gerichtshof

- 06.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-629/23 Eesti Suurkiskjad – Wolfsjagd in Estland (EST)
- 06.11.2024 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-386/21 Crédit Agricole und Crédit Agricole Corporate and Investment Bank / Kommission und T-406/21 UBS Group und Credit Suisse Securities (Europe) / Kommission – SSA-Anleihen-Kartell
- 06.11.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-827/22 Wizz Air Hungary / Kommission (TAROM II; COVID-19) – Staatliche Beihilfen für die rumänische Fluglinie Tarom
- 07.11.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-126/23 Burdene – Entschädigung der Opfer vorsätzlicher Gewalttaten (ITL)
- 07.11.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-588/22 P Ryanair / Kommission – Beihilfen für Finnair angesichts der COVID-19-Pandemie
- 07.11.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-683/22 Adusbef (Morandi-Brücke) – Konzessionsverlängerung für die Morandi-Brücke in Genua (ITL)
- 07.11.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-460/23 Kinsa – Strafbarkeit der Beihilfe zur unerlaubten Einreise aus humanitären Gründen (ITL)
- 07.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-71/23 P Frankreich / CWS Powder Coatings u. a. und C-82/23 P Kommission / CWS Powder Coatings u. a. – Titandioxid
- 12.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-59/23 P Österreich / Kommission (Kernkraftwerk Paks II) – Ungarische Beihilfen für Kernkraftwerk Paks II
- 13.11.2024 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-58/20 NetCologne / Kommission, T-64/20 Deutsche Telekom / Kommission und T-69/20 Tele Columbus / Kommission – Übernahme des Kabelgeschäfts von Liberty Global in Deutschland, Tschechien, Ungarn und Rumänien durch Vodafone
- 13.11.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-82/24 Administration of the State Border Guard Service of Ukraine / EUIPO (RUSSIAN WARSHIP, GO F**K YOURSELF) – Markenschutz

- 13.11.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-426/23 Chiquita Brands / EUIPO – Compagnie financière de participation (Darstellung einer ovalen Form in Blau und Gelb) – Markenstreit um ovale Form in Blau und Gelb
- 13.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-366/22 Ryanair / Kommission (Condor II ; COVID-19) – COVID-19-Beihilfen Deutschlands zugunsten von Condor
- 14.11.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-47/23 Kommission / Deutschland (Verschlechterung magerer Mähwiesen) – Schutz blütenreicher Wiesen in Natura-2000-Gebieten
- 14.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-575/22 Robin Wood u. a. / Kommission – Taxonomie – Forstwirtschaftliche Tätigkeiten
- 15.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht (Große Kammer) in der Rechtssache T-36/23 Stevi und The New York Times / Kommission – Zugang zu Dokumenten
- 15.11.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-1170/23, T-1171/23, T-1172/23 und T-1173/23 Spin Master Toys UK / EUIPO - Verdes Innovations (Form eines Würfels mit Flächen in Gitterstruktur) – Markenstreit um Rubik's Cube

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 15.11.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA